

Berliner Volksblatt

10 Pfennig

Montag

25. Oktober 1926

Berlin 526, 68, Lindenstraße 3

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Fememordprozesse in Landsberg.

Öffentliche Verhandlung. — Merkwürdige Rolle eines Reichswehrvertreters.

BS. Landsberg a. d. W., 25. Oktober. Die Fememordprozesse, die heute früh vor dem Schwurgericht in Landsberg a. d. W. ihren Anfang nahmen, begannen mit der Verhandlung gegen Thom und Genossen wegen des Giftmordversuchs an den früheren Leutnant Janke.

doch das Ziel gehabt, das Reich nach außen und innen zu sichern, und nun hätte man erfahren müssen, daß sich unter ihnen Leute befanden, die Munition an die Feinde verschoben. — Vorf.: An die Feinde? — Angekl.: Ja, an die Kommunisten.

An dieser Tagung soll sich das Gericht mit vier sogenannten Femefällen beschäftigen, und zwar mit zwei wegen Verbrechen, mit zwei wegen vollendeten Mordes.

Der Hauptangeklagte Reinhold Thom ist ein Mann in den dreißiger Jahren, der keinen unintelligenten Eindruck macht. Er ist von Beruf Kraftfahrer und stammt aus Mecklenburg.

Stelle den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit.

Gleichzeitig beantragte er, diesen Antrag in nichtöffentlicher Sitzung begründen zu dürfen.

Die übrigen Verteidiger Kamm, Schöcher und Reihner aus Landsberg gaben keine Erklärung ab. Hierauf wurde der Saal geräumt. In nichtöffentlicher Sitzung begründete dann Justizrat Hahn seinen Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit.

Das Gericht verhandelt öffentlich.

Nach fast einstündiger nichtöffentlicher Verhandlung wurde dann die Öffentlichkeit wieder hergestellt und der Vorsitzende verkündete:

Das Gericht lehnt den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit ab.

besonders in dem heutigen Fall, da es in diesem eine Gefährdung der Staatssicherheit nicht erblicken kann.

Zu den Angeklagten gewandt erklärt der Vorsitzende dann weiter: Angeklagter Buchholz, erzählen Sie uns, was Sie von der Tat wissen.

Angekl. Buchholz: Ich war kurze Zeit bei der R.W. in Berlin angestellt, und dort informierten mich einige Herren über die Schwarze Reichswehr.

Der Sachverständige der Reichswehr.

Hier erhob sich der Sachverständige Gudovius und erklärte: Herr Vorsitzender, ich bitte die Öffentlichkeit auszuschließen.

Die Befragung des Angeklagten Buchholz, daß die Schwarze Reichswehr mit der offiziellen Reichswehr in Verbindung stand.

Vorf.: Herr Oberst, ist das Ihre persönliche Ansicht oder haben Sie irgendwelche Befehle vom Reichswehrministerium?

Zeuge: Rein, das ist meine persönliche Ansicht.

Vorf.: Dann werden wir öffentlich weiterverhandeln. Angeklagter, Sie sagen also, daß es nicht die Reichswehr gewesen ist, bei der Sie eingetreten sind, sondern eine andere Formation, die man im Volke die Schwarze Reichswehr nannte.

Angekl.: Ja wohl. Vorf.: Burden Sie militärisch eingegliedert? Angekl.: Wir wurden zur Disziplin verpflichtet.

Ich bin dann 5 bis 6 Wochen in Rügen bei den Arbeitskommandos als Zugführer gewesen. Vorf.: Was hörten Sie damals von dem Fall des Leutnants Janke? Angekl.: Bei unserem Truppenstab war eine Munitionsschiebung vorgekommen, an der Leutnant Janke, die Feldwebel Balke und Gädick beteiligt waren.

Unter der Leitung herrschte über diese Sache eine furchtbare Empörung. Schulz kam selbst nach Rügen, um den Fall zu untersuchen.

Leutnant Janke wurde im Dienstzimmer verhört und dann degradiert, was ich der Mannschaft mitteilen hatte. Vorf.: Die Arbeitskommandos wurden ja auch Erkennungskommandos genannt und hatten mit Munition usw. zu tun.

Wie sind Sie denn in diese Giftmordgeschichte verwickelt worden? Der Angeklagte Buchholz schilderte dann weiter, daß auf dem Geschäftszimmer der Abteilung über die Munitionsschiebung des Janke kolossal geschimpft worden sei, denn jene Formation hätte

Die Wendung in Prag.

Von der allnationalen zur Klassenkoalition. Von Senator Dr. Franz Soukup, Prag.

Seit dem 13. Oktober besteht in der Tschechoslowakei eine neue parlamentarische Regierung, deren Geburtstag in der Regierungserklärung ihres Chefs Beneš zu einem „historischen Ereignis“ erhoben wurde.

Die „historische“ Bedeutung dieser Regierung besteht in zwei Momenten:

Erstens: In der Tschechoslowakei besteht nun zum ersten mal eine parlamentarische Regierung, die eine Koalition reiner bürgerlicher Parteien darstellt, in der kein einziger Sozialist ist und die bewußt und systematisch einen ausgesprochen antisozialistischen Charakter trägt.

Zweitens: In der Tschechoslowakei regiert zum erstenmal eine parlamentarische Regierung, die von einer Koalition tschechoslowakischer und deutscher bürgerlicher Parteien gebildet wurde.

Unsere Nationaldemokraten und Faschisten haben für den Fall der Bildung einer tschechisch-deutschen Regierung immer mit einem unmittelbaren Staatsstreich und sofortiger faschistischer Diktatur gedroht.

Wie hat sich dieses Wunder vollzogen? Die Erklärung ist höchst einfach. Wir haben zwar eine tschechoslowakisch-deutsche, aber eine bürgerliche und scharf antisozialistische Regierung, und das hat unsere nationaldemokratischen und faschistischen Elemente mit dieser Tatsache vollständig ausgeföhnt.

Wir tschechoslowakischen Sozialdemokraten sind aus der allnationalen Koalition ausgetreten, weil wir es abgelehnt haben, für die hohen Agrarrollen und für die Kongruenzen (die Staatsbeiträge zu den Gehältern der Geistlichen) zu stimmen.

Vor diesen Tatsachen steht heute das gesamte Proletariat unserer Republik. Die Kommunisten sind wiederum an uns mit dem Vorschlag, mit ihnen die Einheitsfront zu bilden, herangetreten.

Sozialistische Thoiry-Konferenz?

Deutschland, Belgien, Frankreich und England als Teilnehmer.

Paris, 25. Oktober. (W.F.B.) Einem hier verbreiteten Gerücht zufolge soll demnächst eine internationale Konferenz von Delegierten der sozialistischen Parteien von Deutschland, Frankreich, Belgien und Großbritannien stattfinden, auf der über eine Kundgebung zugunsten der Politik von Thoiry beraten werden soll.

Es ist richtig, daß unverbindliche Besprechungen eingeleitet worden sind, in denen die Idee einer solchen Konferenz erörtert wurde. Falsch ist jedoch die Behauptung des „Berliner Tageblatts“, daß dieser Gedanke mit innerpolitischen Angelegenheiten, wie Fragen der Regierungsbildung in den beteiligten Ländern, in Verbindung steht.





